

(wie schon nachgewiesen) eine Lebensfrage des grössten Teiles der »deutschen Nation« ist — trotzdem und alledem denke eine deutsche Regierung nicht daran, eine durchgreifende Reichswohnungsreform vorzunehmen!

Wie in der Frage der Arbeitslosigkeit (siehe Artikel in No. 24 der »Graph. Presse«), so auch hier, ist eine solche Reform nicht Sache des Reiches, sondern der Einzelstaaten.

Dr. Linzheimer weist in seiner vorzüglichen Schrift: »Die Arbeiterwohnungsfrage« nach, dass Preussen's Gesetzgebung, wie die der meisten deutschen Einzelstaaten, noch auf dem unsozialen Standpunkt in der Wohnungsfrage stehen, den England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1851 einnahm und dann — fallen liess. Einige Millionen für Wohnungen der niederen Beamten, das ist es, was Deutschland praktisch that. Allerdings stellten die Versicherungskassen des Reiches, Baugelder den Baugenossenschaften zur Verfügung. Aber was ist das alles; nicht mal ein Tropfen auf den heissen Stein Wohnungsnot.

Halt! der Wahrheit die Ehre! Die deutsche Regierung hat mit der Wohnungs- und Bodenreform bahnbrechend und anerkanntswert eingesetzt in — Kiautschou.

Und das ist tatsächlich kein Scherz.

Dort in Kiautschou ist durch die Besteuerungs-Gesetzgebung das Spekulantentum auf eine ganz zielbewusste Art beschränkt.

Alle drei Jahre wird der Wert eines Grundstückes von einer Kommission abgeschätzt. Trotzdem besteht aber dort die Selbsteinschätzung des Grundstückbesitzers an seinem Eigentum. Nun wird der Bauplatz mit 6 Proz. nach dem gemeinen Wert besteuert, das heisst, der Boden wird eingeschätzt danach, wie viel er wert wäre, wenn er bebaut sein würde.

Nun bringt das unbebaute Land doch garnichts ein; die Besteuerung belastet den Boden eben so hoch, als wenn er bebaut wäre. Damit ist es klar, dass aus diesem Grunde sich jeder Besitzer beeilt zu bauen.

Zum Spekulationszweck das Land jahrelang brach daliegen lassen, ist demnach in Kiautschou ausgeschlossen.

Hat nun der glückliche Selbsteinschätzer den Wert seines Grundstückes zu hoch eingeschätzt, dann zahlt er zu seinem Schaden zuviel an 6 Proz. Grundstückssteuersumme. Hat er aber gaunerischer Weise zu niedrig eingeschätzt, dann holt ihn — zwar nicht der Teufel —, aber das Gouvernement. Dieses hat nämlich das Verkaufrecht unter allen Umständen, und zwar zu dem Preise, den der Eigentümer selbst zur Besteuerung angegeben hat. Hat er nun geschwindelt, kauft das Gouvernement und — der Besitzer und Erzgauner hat sich selber angeführt.

Nun aber das und noch vieles andere bodenreformerische mehr, treibt die deutsche Regierung in — Kiautschou, dem »Plätzchen an der Sonne«.

Aber in der Heimat, da kommen Streikpostenverbote, findige Auslegung der Erpressungsparagraphen, kurz ein emsiges Bemühen durch Strafgesetze und 12000 Mark-Geschichten, einen Ersatz für eine solche soziale Wohnungsreform zu schaffen, die hier nötiger wäre als in — China!

Aber dass wir ja nicht verzweifeln, wir haben ja noch die Einzelstaaten, die Dr. Sinzheimer allerdings als Wohnungsreformer gezeichnet hat, die Regierung aber als solche sich denkt. Gewiss, da ist von 4 preussischen Ministern ein Erlass an die städtischen Gemeinden ergangen: »Sie sollten erstens für ihre Arbeiter und niederen Angestellten billige Wohnungen einrichten. Aber die, die so beglückt werden sollen, bedanken sich dafür, weil sie bei der Ersparnis durch die Billigkeit der Wohnung nicht auch gleich ihre politische Freiheit verkaufen wollen.

Sollen die Gemeinden die Herstellung billiger Wohnungen für die unbemittelten Klassen fördern, durch Unterstützung von Baugenossenschaften.

Aber warum denn den Umweg? Warum denn die Stadt nicht selber damit beauftragen?

Die Regierung hat noch einen Wunsch, der als solcher ja tatsächlich praktisch ist, nämlich den, eine zweckmässig kommunale Bodenpolitik getrieben zu sehen.

Ach, du mein liebes Gottchen! Wer soll denn solche vernünftige Bodenpolitik machen? Dieselben Stadtparlamente, denen durch ein raffiniertes Wahlsystem eine $\frac{2}{3}$ Hausbesitzer-Mehrheit garantiert ist? Nein, die hüten sich eben so, wie die drei Klassenparlamente, soziale Reformen einzuleiten, durch die sie sich selber schaden. Die grosse Volksschicht, die ja am meisten oder fast allein bedrückt ist von dem Elend der Wohnungsnot, die kann ja nicht mitraten an dem, was sie am meisten angeht, weil sie durch Klassengesetze ausgeschlossen ist von den Parlamenten der Einzelstaaten.

Deshalb muss die Wohnungsreform durch Reichsgesetz in die Wege geleitet werden. Eine besondere Behörde hat dauernd die Behausungsverhältnisse zu überwachen. Aus den Händen der Polizei heraus muss diese hygienisch und sozial so bedeutsame Aufgabe, in die Hände sozial und hygienisch und wissenschaftlich geschulter Männer. Alljährlich muss eine Wohnungsstatistik bestehende Uebel aufdecken. Wie in England müssen diese Beamten mit Polizeigewalt ausgestattet sein. — Ganze Strassenzüge fallen dort, weil sie Pestherde sind, durch den Machtanspruch dieser Wohnungsbehörde und neue und gesunde Häuser entstehen an deren Stelle. Die Aufgaben, die dieser Institution harren, sind riesengross.

Aber wann wird das kommen, was wir, die Arbeiterklasse brauchen?

Nur dann, wenn die Arbeiterklasse Preussens und Deutschlands bei den Landtags- und Reichstagswahlen, die kommen, weiss, wohin sie gehört. Wir sind als Gewerkschaftler so stark wie niemand anders, an der Gestaltung der künftigen Wohnungspolitik interessiert. — Wollen wir, dass unser Arbeitslohn uns nicht gekürzt wird durch die hohen Mieten, wollen wir, dass nicht jeder Erfolg bei Lohnerhöhungen, der uns schwere Opfer an Geld und Kämpfen kostet, den Vermietern unserer Wohnungen zu gute kommt, — wollen wir, dass auch in hygienischer Beziehung uns die Wohnungen die Kraft zur Arbeit erhalten, dann müssen wir nach dorthin die Stimme geben, wo die Gewissheit ist, dass alles eingesetzt wird, um auch in der Wohnungsfrage bessere Zustände zu schaffen.

In den Händen der Arbeiterpartei wird auch die Wohnungsreform ihrer Lösung entgegengetragen; nicht nur in Kiautschou sondern auch in Deutschland!

Ludwig Bartels.

Schlussnotiz.

Wer meine »Erklärung« und die sogen. »Klarstellung« des Kollegen Ries gelesen hat und sich nicht durch Phrasen blenden lässt, wird nun beurteilen können, wo Recht und Wahrheit liegt. Auf den Weg gehässiger Schimpferei folge ich R. nicht, dazu fehlt mir die Qualifikation. Da übrigens bei R. eine krankhafte Verdrehungs- und Verleumdungssucht vorzuliegen scheint, kann er nur noch ein pathologisches Interesse für sich beanspruchen. — Wenn es einem R. gelingen sollte, für seine Taktik und Praxis Zustimmung zu finden, so wäre dies ein sehr bedenkliches Vorkommnis. Vorläufig hat R. nichts bewiesen, sondern nur gehetzt und zwar mit allen Mitteln, wie er es jedermann gegenüber zu halten pflegt, der seine Weisheit anzweifelt und seiner wüsten Treiberei im Interesse des Vereins entgegentritt. Nicht R., sondern der Ausbau des Verbandes ist mir die Hauptsache, während R. nur in die Erscheinung tritt, wenn es sich um persönliche Stänkereien handelt.

Berlin.

Chr. Tischendörfer.

*) Der Inhalt obiger Erklärung wird von neuem Oel ins Feuer gegeben, und ist nicht angethan, den Ausbau des Verbandes zu fördern.

D. R.

Kapitalistennoblesse.

Recht schöne Zustände scheinen in der lithographischen Anstalt der Firma Rosenlecher & Liebmann, Mainzerlandstrasse, in Frankfurt a. M. zu herrschen. Dort wurde den unter allen möglichen Versprechungen nach hier gelockten Kollegen wegen Nichtannahme einer Arbeitszeitverlängerung von 9% auf 10¹/₂ Stunden, einfach gekündigt; erst wird das Paradies auf Erden versprochen, dann wird gemammert, wir können mit der Konkurrenz nicht gleichen Schritt halten, unsere Arbeiten sind zu teuer und anderes mehr. Dann muss schleunigst, damit ja am Profit nichts verloren geht, die Arbeitszeit verlängert werden, trotzdem man einer Kommission des Vorstandes der Organisation auf »Ehrenwort« versichert: »Wir haben nichts zu unterhandeln, bei uns ist nichts vorgekommen, was der Organisation zuwiderläuft.« Wie um sich selbst Lügen zu strafen, wurde am nächsten Tage die Verlängerung bekannt gegeben. Die Kollegen setzten sich mit dem Vorstand der Organisation ins Einvernehmen und wurde diese neue Massnahme natürlich abgelehnt. Von Prinzipalen, die mit einer gewählten Kommission, während ihres Vespers, sogar ohne diesen einen Stuhl anzubieten, natürlich nichts, rein garnichts zu unterhandeln hatten, ist eine solche Handlungsweise nicht anders zu erwarten. Von den vielen Unterhandlungen mit den Herren Chefs, war dies jedenfalls eine der »nobelsten«. Ja man hat von dieser Geschäftsleitung auf eine bescheidene Anfrage von seiten der Organisation keine Antwort erhalten. Einer dieser Herren erklärte sogar, wir haben zur Zeit keine Arbeit, deshalb mussten wir den Andrucker entlassen, ja wir werden sogar noch mehrere entlassen müssen — und dabei haben wir Kollegen hingeschickt, die sofort engagiert werden sollten. Briefe in unseren Händen beweisen, dass man nicht blos in Frankfurt und Umgegend, sondern sogar in Berlin suchte, ehe nur die Kündigung ausgesprochen war. Man will einfach billige Arbeitskräfte haben. Leute, die man von auswärts herangezogen hat, fliegen aufs Pflaster, blos weil sie nicht für jede kapitalistische Forderung zu haben sind. Während andere Geschäfte zum Teil die acht- und neunstündige Arbeitszeit bereits eingeführt haben, versucht man dort, blos um der Organisation einen Schaden beizufügen, die Arbeitszeit zu verlängern. Nun wir werden den hingeworfenen Fehdehandschuh aufheben — wir lassen uns nicht behandeln, wie es einer der Herren Chefs vielleicht mit den Arbeitern seiner früheren Schuhfabrik gethan hat. Wenn die Herren mit solchen Waffen kämpfen wollen, wie der Kommission gegenüber, wenn die Firma damit die Konkurrenz schlagen will, dann hat sie bereits verloren. Wir haben aus sicherer Quelle erfahren, dass mit den neuen Leuten die Geschäftsleitung kaum im stande sein dürfte, weiter zu arbeiten. Deshalb Kollegen Deutschlands sorgt dafür, dass man die Kollegen der Firma Rosenlecher & Liebmann gebührend unterstützt, meidet zunächst die Kunststadt Frankfurt a. M., nehmt kein Engagement nach hier, dann haben die Kollegen, die mannhaft für die Organisation eingetreten sind, den einen Erfolg, einer echten »Kapitalistennoblesse«, gezeigt zu haben, dass man sich nicht fortwährend etwas anderes vorlügen lässt. W.

Zur eigenen Sache.

Die tiefe Erregung und unerhört scharfe Schrift und Redewaffe einzelner Zahlstellen Deutschlands, die sich gegen unsern Hauptvorstand und speziell in ganzer Schärfe auf ein Mitglied desselben, den Kollegen Tischendörfer, wendet und die nur zum Teil in der »Graph. Presse« zum Ausdruck kommt, wird manchen fernstehenden Kollegen, der die Sachlage nicht kennt, befremdend anmuten.

Nun nimmt T. in No. 29 der Gr. Pr. zu einer »Erklärung« seine Zuflucht, indem er auch meine Geringsfügigkeit in den Kreis seiner Erwägungen zieht. Da nun Kollege Ries in einem Gegenartikel in No. 30 der Gr. Pr. sich ausführlich auch mit meiner Person beschäftigt, fühle ich mich gezwungen, die ganze Sachlage öffentlich zu klären, womit auch einige private Zuschriften, die um diesbezügliche Aufklärung baten, ihre Erledigung finden.

Was Kollege Ries in seiner »Klarstellung« über die Thätigkeit der Hannoverschen Zahlstelle und über meine Person kontra T. veröffentlicht, hat seine Richtigkeit und indem ich die Kollegenschaft auf diesen Artikel verweise, bitte ich, sich einen Begriff zu machen, welche Schwierigkeiten mir gemacht wurden und welcher Mut dazu gehört, trotz alledem unserem Verbands ein brauchbares Mitglied zu bleiben.

In erster Linie trifft allerdings den Kollegen Tischendörfer die Hauptschuld, aber so frage ich, wo war denn der Hauptvorstand? Niemand ist vom Hauptvorstand ein Schreiben bei der Verwaltung eingelaufen, das die Handlungsweise des T. tadelnd, trotz der scharfen Proteste, die von allen hannoverschen Verwaltungsmitgliedern (zwölf eigenhändig unterzeichnet) dem Hauptvorstand zugesandt wurden. Nein, sie sind in den grossen Papierkorb gewandert.

Die systematische Hetze gegen mich datiert, seit ich gegen die eigenartige Zusammensetzung des Hauptvorstandes im vorigen Jahr aufzumucken wagte. Dass gegen diese abgekartete Wahl einer aus der »Provinz« sich auflehnte, war entschieden zu frech und T. nahm in 2 Artikeln in No. 38 der Gr. Pr.

1901 »Angstmeierei«, gezeichnet h und »Aus dem Monde«, gezeichnet S, Gelegenheit, darauf zu antworten; der Verlauf ist bekannt.

Die viel Staub aufgewirbelte Pastorenrede des T. im christlichen Arbeiterverein, gab der Zahlstelle Hannover wiederum Gelegenheit, sich mit den eigenartigen Ansichten eines Hauptvorstandsmitgliedes einer freien Gewerkschaft zu befassen; die Person T., ich muss das betonen, kommt hierbei nicht in Frage und als der Hannoversche Vorstand der Filiale II noch einen energischen Protest gegen die haltlosen Maximierungen des Hauptvorstandes in Sachen des Schiedsgerichts Bohlig kontra Frommelt einlegte, da wurde »Der Macher von's Janze« nämlich meine Wenigkeit gefährlich und — die Korrespondenz begann, zwischen den viel betrauten älteren, in gesetzten Lebensalter stehenden Kollegen¹, und T. einerseits, und dem Fabrikanten Herrn Fettkack und T. andererseits. Der »ältere gesetzte« Kollege hielt T. immer auf den laufenden, wenn sich irgend eine Versammlung oder Sitzung mit T. beschäftigte, während Herr Fettkack und unser Hauptvorstandsmitglied T. sich in seitenlangen Korrespondenzen gegenseitig beweineten über die Ideen — und trostlose Geisteslosigkeit der Hannoverschen Zahlstellenleiter.

Da erschien wie ein Schlag ins Gesicht jener T.-Artikel, den Ries in letzter Nummer der Gr. Pr. zitiert, und Herr Fettkack gab mit ausserordentlichem Schmunzeln den Artikel hübsch unumändert seinen Faktoren zum Lesen. Herr F. verfehlte auch nicht, in einer extra dazu einberufenen Ausschusssitzung den Artikel T. behäbig vorzulieseln mit speziellen Nachdruck auf die zitierten Stellen; meinen Gegenartikel hatte er allerdings vergessen mitzubringen, meine Erwiderung war ja auch völlig belanglos, wie sich Herr F. auszudrücken beliebte.

Am schlimmsten wurde aber doch die Situation, wegen Feiern des 3. Pfingstfeiertages. Da die Kollegen im Geschäft durchaus nicht gewillt waren, auszusetzen, fragte ich pflichtgemäß beim Hauptvorstand an — es war Montags Nacht nach unserer Versammlung — wie wir uns zu verhalten hätten demgegenüber und bat mir noch bis Mittwoch Mittag Antwort aus, da auf denselben Abend noch eine diesbezügliche Geschäftsausschusssitzung stattfand.

Die Antwort bekam ich, zu gleicher Zeit aber auch Herr Fettkack von T., dass sich die Hannoversche Zahlstelle wiederum beim Hauptvorstand über sein Geschäft beschwert hätte! Der Verlauf dieser denkwürdigen Sitzung war heiter, man denke nur an Ausdrücke wie: schofle Handlungsweise etc., wie sie Ries ganz richtig zitiert und das Karnickel — selbstverständlich Niemeyer. Ein geharnischter Brief, den ich sofort privatim an den Hauptvorstand richtete, wurde mir dahin beantwortet, dass sich der Hauptvorstand mit T. solidarisch erklärte, das war noch heiterer.

Jetzt, wenn irgend gegen die Firma des Herrn Fettkack etwas unternommen wurde, war ich der Lump. War z. B. bei der Gewerbe-Inspektion denunziert worden, in welcher ekelhafter Weise sich die Klosetts befanden, da weder Wasserspülung noch sonst etwas angebracht wäre; wer diese »Gemeinheit« begangen haben konnte, war für Herrn Fettkack ohne nähere Ueberlegung sofort handgreiflich, nur Niemeyer konnte »eine solch schofle Handlungsweise« begehen.

Dass ich, auf einem Vulkan sitzend, eifrig das Kursbuch studierte, wird jedem jetzt wohl begreiflich geworden sein und ich bitte die Kollegen, selbständig ein Urteil aus dieser Tragikomödie zu ziehen.

F. N.

Zur Aufklärung an Koll. Tischendörfer.

In einer Erklärung resp. Nachschrift in der vorletzten »Gr. Pr.« vom Kollegen T. ist derselbe der Meinung, als wenn der Artikel »Holder Friede, süsse Eintracht« von Hannover als bestellt und auf Wunsch einiger Fürther oder Nürnberger Kollegen geschrieben sei. Obwohl nun Kollege T. der Auffassung ist, dass der Raum der Gr. Pr. besser verwendet werden müsste (Bürgerliche Sozialreform), so sehe ich mich dennoch veranlasst, auch zur Aufklärung für die übrige Kollegenschaft, mitzuteilen, dass ich noch nie mit Nürnberg oder Fürth korrespondiert habe, sondern nur aus dem Grunde zum Schreiben des Artikels gekommen bin, weil ich, durch die Schreibereien des Herrn T. an seinen Parteifreund Fettkack, (entgegen dem Wunsch der Zahlstelle Hannover), derartig misslieblich bei meinem Brotgeber Herrn Fettkack geworden, dass man mich nun entlassen hat. Sollte Kollege T. der Meinung sein, dass diese Entlassung nicht zurückzuführen ist auf seine freundschaftlichen Schreibereien, dann mag er sich nur die Karte vom Kollegen Sillier geben lassen, auf welcher ich schon vor ungefähr 10 Wochen schrieb, dass Fettkack, nachdem er den Brief von T. erhalten habe, derartig aufgebracht gegen mich sei, dass ich meine Entlassung befürchte und dann nur T. dafür verantwortlich machen könne.

Wenn Kollege T. ferner meint, dass mein Artikel »Unwahrheiten und Verdrehungen« enthalte und deshalb nicht der Beachtung wert, so kann man eben ersehen, wie unangenehm es ihm ist, »erkannt« zu sein, denn dass etwa die Äusserungen T's., die ich als von ihm selbst gethan anführte, unwahr oder verdreht seien, wird derselbe im Ernst doch wohl

nicht behaupten wollen, es wäre sonst wohl nötig gewesen, hierfür den Beweis zu erbringen, was T. wohlweislich unterlässt. Nun ich habe ja auch Ohrenzeugen für die Wahrheit der Äusserungen. Zur Charakterisierung der Wahrheitsliebe des T. will ich aber anführen, dass derselbe im April in einer Versammlung in Hannover, welcher sich auch mit seiner eigenartigen Hauptvorstands-Thätigkeit befasste, es abstritt und als »albern« bezeichnete, dass ein Beschluss des Hauptvorstandes gefasst sei, wonach demselben erst alle gegen ihn gerichteten Angriffe in der Gr. Pr. unterbreitet werden müssten, Heute ist aber dieser Beschluss, trotz Abstreitens T's., offenes Geheimnis. Ferner schreibt Kollege T., dass er nur den neunten Teil Einflusses im Hauptvorstande besitzt. Da ist es mir wirklich unbegreiflich, dass fast in jeder Angelegenheit betreffs Hauptvorstand-Hannover, T. die Hauptperson ist. Wir sind hier der Meinung, dass Kollege T. »Herr und Meister« im Hauptvorstand ist, um so mehr als der »ominöse Brief« an Fettkack nicht kopiert ist. Nun ich als Eingeweihter weiss auch, warum dies nicht geschehen. Uebrigens bewahrt doch Herr F. sonst alle derartigen Briefe auf. Erwidern muss ich Kollegen T. noch, betreffs der Kritik in freien Gewerkschaften, dass auch ich nur kritisiert habe und zwar mit Recht, denn nach den ganzen Vorgängen muss man unbedingt zu der Ueberzeugung kommen, dass T. unsere Gewerkschaftsbewegung nur benutzt, um Propaganda für die nationalsoziale Partei darin zu machen. Dass er dies nicht zugiebt und alles hierauf hinweisende als unwahr und verdreht bezeichnet, ist mir sehr begreiflich. Unbegreiflich ist mir aber, dass man einen solchen Mann noch im Hauptvorstand hat. Wenn die übrigen Kollegen auch erst mal am eigenen Leibe die Machinationen eines T. verspüren und der Verband, ebenfalls durch die Schuld T's., noch mehr Massregelungsunterstützung zu zahlen hat, dann wird man wohl auch andernorts Einsehen haben.

Die nochmalige Anzapfung auf unseren Redakteur in den Worten »unverständliche Lobhudelei« charakterisiert so ganz den Charakter eines T. Nun unsre Meinung über denselben haben wir ja in der bekannten Resolution ausgedrückt, und sollte es sich T. überlegen, ob es nicht im Interesse unserer Gewerkschaft ist, die ihm ja doch die Hauptsache, wenn er so schnell wie möglich zurücktritt. Da sich T. noch zu seiner Rechtfertigung auf Genossen Legien beruft, möchte ich ihm noch raten, sich die No. 27 des »Correspondenzblattes« zu verschaffen und sich die gründliche Abfuhr der bürgerlichen Sozialreformer »durch Genossen Legien« auch zu Herzen zu nehmen.

Hannover.

B. Menke.

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin. Am Donnerstag, den 10. d. M. tagte in den Arminhallen eine kombinierte Versammlung sämtlicher Zahlstellen Berlins mit der Tagesordnung: Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftskongress in Stuttgart. Da die »Graph. Presse« einen ziemlich ausführlichen Bericht gegeben hat und ausserdem das Protokoll vom Kongress nach stenographischen Aufzeichnungen zusammengestellt worden, erübrigt es sich, den Bericht unserer Delegierten ausführlich noch mal zu veröffentlichen. Angeführt sei, dass sich beide Delegierte, Kollege Sillier und Tischendörfer bemühten, den Fortschritt, den dieser Kongress für die deutsche Gewerkschaftsbewegung bedeutet, den Anwesenden eindringlich vor Augen zu führen. Sillier hob hervor, dass der Kongress durch die zahlreiche Anwesenheit ausländischer Delegierter, sowie die erstmalige Anwesenheit eines Vertreters des Reichsamt des Innern, der Württemberg'schen Regierung und der Gewerbeinspektoren an Bedeutung gewinnen. Die Verhandlungen fanden die Anerkennung der Behörden. Nach einem kurzen Ueberblick über die Stärke der beteiligten Organisationen, ging Redner kritisch über die Verhandlungen und Beschlüsse über die einzelnen Punkte durch und betonte besonders die erste und sachliche Behandlung der einzelnen Fragen über die soziale Gesetzgebung. Kollege Tischendörfer bekennt, dass es ihm Freude bereitet habe, zum erstmaligen Gewerkschaftskongress als Delegierter beizuwohnen, er habe auf ihn geradezu begeisternd gewirkt. Besonders erwähnenswert seien die einzelnen Referate und die Leitung dieses Arbeiterparlaments, welche bereits durchweg bewundernswerte Glanzleistungen darstellten und Zeugnis ablegten von dem Ernst und tiefen Denkens, sowie ausserordentlichen Studiums der Gewerkschaftsbewegung und der sozialen Gesetzgebung sämtlicher Redner. Auch geht Kollege Tischendörfer ebenfalls kritisierend einzelne Punkte der Verhandlungen durch, besonders diejenigen, welche ihm wichtig genug erschienen, in die Diskussion einzugreifen. Des weiteren bemerkte Kollege Tischendörfer noch, dass er sehr befriedigt sei über die kurze sachliche Behandlung seiner persönlichen Sache, betreffs des Vortrages seinerzeit in der christlichen Gewerkschaft. Auch über die Frage der Beschickung der Arbeiterschutzkongresse und der Arbeitslosenversicherung habe er seine Ansicht ausgesprochen. Die allgemeine Diskussion war sehr kurz und fanden die Ausführungen der Referenten allgemeinen Beifall. Nach einem kurzen Schlusswort der beiden Referenten

fand Schluss der Versammlung 12 Uhr statt.

F. R.

Mannheim. Donnerstag, den 10. Juli wurde ein Buchbinder der Firma Mannheimer Kunstdruckgesellschaft plötzlich entlassen, weil derselbe die unbeschreiblichen Missstände in genannter Firma zur Sprache gebracht hatte. Diese Anstalt, welche schon mehrere Jahre, seit ihrem Bestehen das Schmerzenskind der Zahlstelle Mannheim ist, glänzt in erster Linie durch fortlaufenden Stellenwechsel, nicht nur des Personals, auch der Faktoren und liegt dies nicht nur an der gänzlich mangelhaften Einrichtung, den hygienischen und gesetzlichen Vorschriften spottendem Arbeitsraum, sowie einer der Sittlichkeit hohnsprechenden Garderobe und der Aborte insbesondere für weibliche Arbeiter, sondern hauptsächlich dem dort eingeführten Denunzianten- und Spitzeltum, in welchem ein Schreiber und sein Lehrling, beide junge, kaum den Kinderschuhen entwachsene Leute, wohl durch den Direktor Herrn Wiesenthal (Technischer Leiter? —) angehalten, das menschenmögliche leisten. Um nun diese, aller Menschenwürde hohnsprechenden Zustände abzuhelmen, ist bereits vor 8 Wochen eine Kommission bei der Direktion vorstellig geworden und wurde vom Herrn Direktor das Versprechen gegeben, alles abzuändern. Wie das Versprechen eingehalten wurde, bezeugt, dass im stillen versucht wurde anderes Personal zu engagieren und durch verschärftes Drangsalieren das Personal zu reizen. Donnerstag Mittag 1/2 2 Uhr wurde obengenanntem Buchbinder, als er das Geschäft betreten wollte, durch den Faktor bedeutet, er dürfe die Arbeit nicht wieder aufnehmen; dieses nachdem der Kollege morgens die Missstände rügte, als da sind: keine Ventilation, so dass verschiedene Leute ohnmächtig umfielen. Terpentin, Taig, Gips u. s. w. wird alle Pfennigweise geholt und muss den Betrag gewöhnlich der Faktor auslegen. Makulatur und gute Schneideleuten sind nicht vorhanden. Die technischen Kenntnisse des Herrn Direktors Wiesenthal werden am besten dadurch illustriert, dass er verlangte, man solle auf einen Umdruck, welcher nachher gedruckt werden soll, gründeren, falls dies nicht gehe, ein Wachstum über den Stein spannen und den Stein umdrehen und von der ungeschliffenen, löcherigen Rückseite drucken. Mit der Anmeldung zur Ortskrankenkasse steht es nämlich auch sehr zu Gunsten der Firma, denn es wird gewöhnlich erst dann angemeldet, wenn eine Person schon möglichst viele Wochenbeiträge an die Firma geleistet hat und dann die Ortskrankenkasse gebraucht werden soll. Die Mädchen sind gezwungen, das Kesselhaus als Garderobe zu benutzen. Der Kessel ist bereits drei Mal geprüft aber nicht abgenommen, wird aber trotzdem benutzt; wir machen hier an dieser Stelle die Kesselrevision, sowie auch die Gewerbeinspektion auf die Firma aufmerksam, diese werden ein reiches Arbeitsfeld finden. Nun zur Lage unseres Streiks. Die ersten 1 1/2 Wochen gelang es, alles von der Firma engagierte Personal abzuhalten. Donnerstag, den 24. v. M. reiste ein Buchbinder aus Leipzig, Namens Klug, zu und war trotz Anstrengung unsererseits nicht zu bewegen, wegzubringen; wir haben es hier mit einem Arbeitswilligen I. Klasse zu thun, der auf dieses Geschäft reist. Am Freitag, den 25. Juli trat an Stelle des ausgetretenen Faktors der Steindruckerpätzold aus Mainz ein; dieser Herr, welcher derartige Kunststücke mehrmals ausgeführt hat, z. B. beim Streik in Firma Dicke & Mensthaler, Barmen, auch in sämtlichen hiesigen Anstalten kurze Gastrollen gegeben hat, dürfte wohl schon fast allen Kollegen bekannt sein. Die Lage ist bis jetzt also durch diesen Herrn aufs äusserste zugespitzt und ersuchen wir alle Zahlstellen, nach besten Kräften dafür zu sorgen, dass Zuzug fern bleibt, dann wird der Sieg nur unser sein.

München. (Filiale I.) Quartalsversammlung vom 19. Juli. Punkt 1 der aufgestellten Tagesordnung »Verlesen des Protokolls« wurde durch Kollegen Fuchs glatt erledigt. Zum 2. Punkt »Aufnahme neuer Mitglieder« konstatierte der Vorsitzende, dass sich 3 Kollegen zum Eintritt in die Organisation gemeldet haben. Den unter Punkt 3 der Tagesordnung angeführten »Kassenbericht des II. Quartals« gab der Kassierer, Kollege Kristof, und hatten die Kollegen keine Einwendung zu machen; jedoch wurde vom Kollegen Cerwenka als Revisor, als wie auch vom Kassierer selbst die Flauheit einzelner Interimskassierer gerügt, die durch ihre Saumseligkeit die pünktliche und richtige Abrechnung kolossal erschweren. Unter »Rechtsangelegenheiten« gab Kollege Hilbig den Bericht des Gewerkschaftsvereins und machte bekannt, dass in diesem Halbjahr ein Defizit von 800 Mk. in der Gewerkschaftskasse zu verzeichnen ist und deshalb in den verschiedenen Gewerkschaften die Erhöhung des Beitrages pro Mitglied und Quartal um 5 Pf. einer Diskussion unterzogen werden möchte. Unsere Filiale hält die jetzige schlechte wirtschaftliche Konjunktur für nicht geeignet, an die Mitglieder mit einer Beitragserhöhung heranzutreten, sondern beauftragt ihre Delegierten, dass das jetzige Defizit von dem vorhandenen Reservefonds gedeckt wird. Sollten im nächsten Quartal die Ausgaben die Einnahmen wieder übersteigen, so könne immer noch über andere Massnahmen beraten werden. Abschliessend gab Kollege Schmid den Bericht einer vom Gewerkschaftsverein einberufenen Versammlung der Vorsitzenden und Arbeitsnachweisführer, bei der über Zentralisierung der Arbeitsnachweise im Anschluss an das städtische

